

Öffnung des Militärflugplatzes Payerne für den zivilen Flugbetrieb: eine einmalige Chance für die Kantone Freiburg und Waadt!

Anfrage

Die Medien haben in den letzten Wochen regelmässig über die vorgesehene Öffnung des Militärflugplatzes Payerne für die Zivilluftfahrt berichtet. Dabei ging es nicht nur um den Meinungs austausch zwischen Promotoren, Anwohnern und Militär, sondern auch um die Plattform, die das Projekt „Solar Impulse“ für die Region darstellen würde, findet dieses fantastische Projekt doch weltweit Beachtung.

Und die Ankündigung Ende 2006 des Unternehmens „Speedwings“, es wolle sich hier niederlassen, gab der Entwicklung der einzigartigen Infrastruktur namens Aeropol neuen Schwung.

Doch die Zeit drängt: Die langwierigen und komplexen Verfahren müssen ohne Umschweife angegangen werden; denn die Fristen für diese erste Ansiedlung sind sehr eng bemessen.

Neben allen anderen wichtigen Punkten, die es zu klären gilt, muss namentlich ein Problem gelöst werden. Es ist dies die alles entscheidende Frage der Erhöhung der militärischen Flugbewegungen, die die Armee fordert – als Gegenleistung für ihre Zustimmung zu einer erweiterten Nutzung des Flugplatzes durch die Zivilluftfahrt.

Da heute schon mehr als 50 % der militärischen Flugbewegungen auf Schweizer Flugplätzen in Payerne stattfinden, kann den Anwohnern eine weitere Erhöhung der durch Kampfjets bedingten Immissionen nicht zugemutet werden. Bis anhin gab es keine Proteste aus der Broye gegen diesen Flugplatz. Im Gegenteil: Die Bevölkerung der Region ist sich der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung des Flugplatzes sehr wohl bewusst.

In mehreren Tageszeitungen konnten wir lesen, dass die Korpskommandanten Keckeis und Knutti – also Mitglieder des obersten Kommandos der Schweizer Armee – nicht zufrieden seien, weil nicht alle am selben Strick zögen und die Politiker zu wenig Mut bewiesen. Gleichzeitig machten sie klar, dass die Zahl der militärischen Flugbewegungen nicht verhandelbar sei und dass die Region von einer Erhöhung der Flugbewegungen profitieren würde, weil die Armee dann in einem grösseren Umfang für Isolierfenster aufkommen würde.

Kommt hinzu, dass Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, anlässlich seines Besuchs in der Broye die unnachgiebige Position der Armee bekräftigt hat: „Die Zahl der 13 900 militärischen Flugbewegungen pro Jahr in Payerne ist nicht verhandelbar.“ Alle Parteien hatten grosse Hoffnungen in diesen Besuch in Payerne gesetzt, doch muss nun nach dieser kalten Dusche mit einer unproduktiven Konfrontation gerechnet werden.

All diese Erklärungen tragen zu einer Feindseligkeit gegenüber der Armee bei, die in niemandes Interesse ist. Die Schweizer Armee nimmt so das Risiko einer unheiligen Allianz gegen sie in Kauf. Es muss befürchtet werden, dass sich die Beziehung zwischen gewissen Armeevertretern einerseits und den Anwohnern andererseits verschlechtern wird, was bedauerlich ist, weil sich die betroffenen Parteien bisher immer um einen offenen, von gegenseitigem Respekt geprägten Meinungs austausch bemühten.

Während heute die Promotoren von Aeropol und die Anrainergemeinden ihren Standpunkt darlegen wollen und verhandlungsbereit sind, verharrt die Armee auf ihrer ursprünglichen Position. Eine echte Verhandlung bedingt aber, dass alle Parteien tatsächlich verhandeln wollen und bereit sind, Zugeständnisse zu machen.

Niemand versteht diese unnachgiebige Haltung – auch viele Personen innerhalb der Armee nicht. Diese Haltung kann zudem ein Projekt zum Scheitern bringen, das aus Sicht der Wirtschaftsförderung für die Broye sowie für die Kantone Waadt und Freiburg von grösster Bedeutung ist.

Auch das Projekt „Solar Impulse“ ist symbolträchtig. Können Sie sich den Imageschaden für die Schweiz vorstellen, sollte das Projekt einen anderen Standort im Ausland suchen müssen? Es könnte durchaus soweit kommen! Und dabei ist dieses Projekt sehr wichtig für die nachhaltige Entwicklung, die ein Angelpunkt der Freiburger Politik ist.

Ich appelliere deshalb an den Staatsrat, einen Ausgang aus dieser Krise zu finden, bevor es endgültig zu spät ist.

Angesichts der dargelegten Situation habe ich folgende Fragen an den Staatsrat:

1. Welches sind die tatsächlichen Differenzen für die betroffenen Grundstücke zwischen dem Lärmbelastungskataster, der aufgrund der heutigen Durchschnittswerte berechnet wurde, und einem Kataster für 13 900 Flugbewegungen?
2. Entspricht es dem üblichen Vorgehen, wenn der künftige Lärmbelastungskataster aufgrund der vorgesehenen 13 900 Flugbewegungen und nicht aufgrund des Durchschnitts der tatsächlichen Flugbewegungen berechnet wird?
3. Wie beurteilt der Staatsrat die Position der Armee, über alles ausser über die Zahl der Flugbewegungen zu diskutieren, wo doch genau dieser Punkt das zentrale, wenn nicht sogar das einzige Problem darstellt?
4. Ist sich der Staatsrat bewusst, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger entschlossen sind, gegen das Projekt vorzugehen – und dies, obwohl die Öffnung des Flugplatzes für die Zivilluftfahrt gewichtige Vorteile brächte?
5. Was gedenkt der Staatsrat zusammen mit der Waadtländer Regierung angesichts der jüngsten Ereignisse zu unternehmen, um eine sowohl für die Armee als auch für die Anwohnerinnen und Anwohner akzeptable Lösung zu finden, dank der das Projekt Aeropol doch noch realisiert werden kann?
6. Der Sachplan Militär (SPM) befindet sich derzeit in Vernehmlassung. Wie wird der Staatsrat dazu Stellung nehmen?

Ich hoffe wirklich, dass schon bald eine Lösung gefunden werden kann, die für alle annehmbar und zum Nutzen aller ist. Ich danke dem Staatsrat jetzt schon für seinen Einsatz in dieser Sache und für seine Antworten auf meine Fragen.

10. Mai 2007

Antwort des Staatsrats

Der Militärflugplatz Payerne (nachstehend: der Flugplatz) ist in der Tat Gegenstand von mehreren Verfahren, die einerseits den militärischen Betrieb und andererseits die Öffnung des Flugplatzes für die Zivilluftfahrt betreffen. Diese Verfahren bzw. die Projekte, die damit verbunden sind, sind äusserst wichtig, sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung der Region als auch für die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner.

Zum militärischen Teil: Der Sachplan Militär (SPM) befindet sich in Überarbeitung. Insbesondere wurde das Objektblatt zum Flugplatz in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Der SPM wird voraussichtlich Ende Dezember 2007 vom Bundesrat verabschiedet werden. Im Laufe der ersten Hälfte 2008 wird dann das militärische Betriebsreglement öffentlich aufgelegt werden.

Im Zusammenhang mit der Zivillufffahrt ist zu sagen, dass das Objektblatt zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) ebenfalls in Vernehmlassung war. Parallel dazu wurde das Betriebsreglement für die künftige zivile Nutzung öffentlich aufgelegt. Dies gilt auch für die Bauprojekte (ein Gebäude sowie mehrere Geländearbeiten) für die Nutzung des Grundstücks durch das Büro für Flugunfalluntersuchungen (BFU).

Das Objektblatt des SPM, das ursprünglich in die Vernehmlassung gegeben wurde, sah 13 900 militärische Flugbewegungen pro Jahr vor, was sich zwangsläufig negativ auf die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner sowie auf die raumplanerischen Möglichkeiten der Nachbargemeinden ausgewirkt hätte. Deshalb hat eine Vertretung des Staatsrats zahlreiche Gespräche mit dem Armeechef und Bundesrat Samuel Schmid geführt. Diese Gespräche führten zur Bildung einer Kontaktgruppe mit Vertretern des Bundes, der Kantone (Freiburg und Waadt), der Region (ASIC) und der betroffenen Gemeinden. In der Folge hat die Armee das ursprüngliche Szenario überarbeitet: Neu sind maximal 11 000 Kampffjet-Flugbewegungen pro Jahr vorgesehen.

Im ersten Szenario waren 7700 Flugbewegungen mit der F/A-18 (Hornet) und 6200 Flugbewegungen mit dem F-5 (Tiger) vorgesehen. Die vorgeschlagene Reduktion betrifft einzig die F-5-Flotte, für die die jährlichen Flugbewegungen auf 3300 gesenkt wurden. Da die Lärmemissionen eines F/A-18-Kampffjets deutlich höher sind als die des Tigers, wird die Verringerung der Lärmimmissionen geringer ausfallen als bei einer Senkung der Flugbewegungen beider Flugzeugtypen.

Der Staatsrat ist sich absolut bewusst, dass das Projekt Solar Impulse ein internationales Schaufenster für die Kantone Freiburg und Waadt sowie für die Region darstellen würde. Auch teilt er die Meinung, dass die Region und die Schweiz einen grossen Verlust – namentlich einen grossen Imageschaden – erleiden würde, sollte sich Solar Impulse anderswo niederlassen. Der Staatsrat wird sich entsprechend dafür einsetzen, dass das Projekt Solar Impulse unter den bestmöglichen Bedingungen in Payerne verwirklicht werden kann.

Beantwortung der gestellten Fragen

1. Auf der Grundlage der Lärmstudien, die von der EMPA für das ursprüngliche und das aktuelle Szenario (13 900 bzw. 11 000 Flugbewegungen) durchgeführt wurden, kann die Verbesserung beziffert werden. Mit der Reduktion auf 11 000 Flugbewegungen werden die Lärmemissionen nur geringfügig verringert, weil die Zahl der Flugbewegungen der F/A-18, die massgeblich zu diesen Emissionen beitragen, wie bereits erwähnt nicht gesenkt wird. Die Veränderung der entscheidenden Isophonenfläche (60 dB) fällt je nach Ort unterschiedlich aus: Im Sektor Les Montets beispielsweise verschiebt sich die Isophonenfläche um rund 180 Meter. Im Sektor Bussy beträgt die Verschiebung 70 Meter und in Morens nur noch 40 Meter. Diese Werte müssen mit den Gewinnen verglichen werden, die mit der Anwendung der Richtlinien, die die RUBD derzeit ausarbeitet, erzielt werden können. Dabei stellt man fest, dass diese Werte mit den entsprechenden baulichen Massnahmen deutlich höher ausfallen: Je nach Wirksamkeit der Massnahmen kann die Verschiebung bis zu 1200 Meter (Les Montets) betragen bzw. 330 Meter in Bussy und 230 Meter in Morens.
2. In der letzten Studie der EMPA wird von 11 000 Flugbewegungen ausgegangen, was mehr oder weniger dem Betrieb der letzten Jahre entspricht. Diese Vorgehensweise entspricht der gängigen Praxis bei der Ausarbeitung von Lärmbelastungskatastern.
3. Mit dem neuen Vorschlag, mit dem die kurz- und mittelfristigen Mindestbedürfnisse der Armee abgedeckt und dem Wunsch der Mehrheit der Anrainer entsprochen wird, ist diese Frage gegenstandslos geworden.

4. Der Staatsrat war sich sehr wohl bewusst, dass die Bevölkerung der Region den festen Willen hatte, den militärischen Betrieb auf das Mass zu reduzieren, die es der Armee noch erlaubt, ihre Mission zu erfüllen. Der Staatsrat begrüsst denn auch den Entscheid des Bundes, die Zahl der militärischen Flugbewegungen auf diesem Flugplatz zu senken.
5. Da die Entfaltung des Aeropols für die wirtschaftliche Entwicklung und für das Bild der Region von grosser Bedeutung ist, steht der Staatsrat voll und ganz hinter diesem Projekt und der Verwirklichung der damit verbundenen Vorhaben (Speedwings, BFU, Solar Impulse). Dies bedingt natürlich, dass vorgängig mehrere Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden können; dazu zählt insbesondere der Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem VBS und der COREB. Im Rahmen der verschiedenen laufenden Verfahren und Arbeiten hatten und haben die Bevölkerung und die Behörden verschiedene Möglichkeiten, die Projekte zu beeinflussen (Bemerkungen, Einsprachen, Beschwerden, Nutzung des in der Vereinbarung vorgesehenen Vetorechts). Im schlechtesten Fall kann dies zu einer Blockierung gewisser Verfahren führen – namentlich der Verfahren für die zivilen Vorhaben. Dem ist anzufügen, dass der Staatsrat bei keinem der Verfahren entscheidungsbefugt ist. Er will aber weiterhin alles in seiner Macht stehende tun, um zum Erfolg der verschiedenen laufenden Verfahren beizutragen.
6. Der Staatsrat hat zum geänderten Objektblatt des SPM Stellung genommen. In seiner Stellungnahme begrüsst er den Vorschlag eines neuen Szenarios mit einem militärischen Flugbetrieb, der den tatsächlichen Bedürfnissen der Armee in den kommenden Jahren entspricht. Ausserdem unterstrich der Staatsrat darin die Schwierigkeiten, die die vorgesehene Erweiterung der militärischen Flugbetriebszeiten den Anwohnerinnen und Anwohnern bereitet. Dem ist anzumerken, dass die Festlegung der Betriebszeiten eines der Hauptpunkte des Reglements sein wird, das im Lauf des Jahres 2008 öffentlich aufgelegt werden wird. Vorgängig wird diese Frage innerhalb der Kontaktgruppe diskutiert werden. Da dieser Punkt noch ausgehandelt werden muss, kann sich der Staatsrat dazu noch nicht äussern.

Freiburg, den 8. Oktober 2007